

Frankreich: **Zwei Jahre Haft für Schwangerenberatung**

[Veröffentlicht am 06.12.2016 von civitas-institut.de](#)



Die regierenden Linksfaschisten in Frankreich wollen, bevor sie endgültig abgewählt werden, mit Gewalt ein Gesetz durchsetzen, dass Lebensrechtsorganisationen, die schwangere Frauen beraten, kriminalisiert.

Lebensrechtsorganisationen die Frauen, die in einem Schwangerschaftskonflikt sind, über das Internet Hilfe und Beratung anbieten, sollen künftig mit zwei Jahren Gefängnis und bis zu 30.000 Euro Geldstrafe bestraft werden. Hier zeigen die Linken ihr wahres Gesicht: Es handelt sich um eine menschenverachtende, diktatorische Mörderbande.

Wenn man dies liest, kann man es kaum glauben. Aber es ist tatsächlich so. Der Staat greift das fundamentalste Recht auf Leben an und verfolgt diejenigen, die dagegen etwas unternehmen. Wo liegt da der Unterschied zu faschistischen, kommunistischen und anderen totalitären Staaten? Im Hintergrund steht ein von den Sozialisten 2014 erklärtes „Grundrecht auf Schwangerschaftsabbruch“, mit dem das Abtreibungsgesetz von 1975 in einer Nacht- und Nebenaktion geändert wurde. Seither kann jede Frau in Frankreich, die schwanger ist und das Kind nicht will, ohne jede weitere Begründung eine Kindstötung durchführen.

„Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ Wo gilt dieser Satz mehr, als in diesem Fall? Ein Staat, der mit brutaler Gewalt Menschen daran hindert, auf die Gefahren der Abtreibung hinzuweisen, hat kein Existenzrecht mehr.

Weitere Informationen zu dem Gesetzesvorhaben der in Frankreich regierenden Linksfaschisten finden Sie [hier, in einem Beitrag der TAGESPOST](#).

Wer glaubt, die "Republikaner" seien gegen das Gesetz, der täuscht sich. Sie sind keine Alternative zur mörderischen Politik der regierenden Sozialisten. In Frankreich werden mehr als doppelt so viele Kinder vor der Geburt getötet wie in Deutschland, trotz einer geringeren Bevölkerung: 220.000 Abtreibung jährlich in Frankreich, das sind 20 Prozent aller Schwangerschaften. Die französischen Eliten protestieren nicht dagegen, sondern stimmen mehr oder weniger alle einem "Grundrecht auf Abtreibung" zu, also einem "Grundrecht" auf Kindermord vor der Geburt. Auch Fillon, der Spitzenkandidat der Republikaner, gehört zu denen, die zustimmen. Der linke Totalitarismus setzt sich in Europa immer mehr durch! Das deswegen die "Populisten" immer stärker werden, ist verständlich.

Am 22. Januar haben die Lebensrechtsorganisationen zu einer Demonstration in Paris aufgerufen, dem "Marsch für das Leben".